

## **Wenn sich Gewalt etabliert**

**Connewitz ist überall: Linksextreme Straftäter, zynische Sympathisanten, heuchelnde Biedermänner**

**Michael Paulwitz**

Connewitz. Der Leipziger Stadtteil hat seinem zweifelhaften Ruf als Hort des organisierten militanten Linksextremismus in Deutschland in der Silvesternacht wieder einmal traurige Ehre gemacht. Über Stunden hinweg Bürgerkriegsszenen, heimtückische Angriffe auf Polizeibeamte, ein Beamter von verummumten Schlägern mit brutaler Tötungsabsicht ins Krankenhaus geprügelt: Neujahr in Deutschland.

Connewitz ist überall. Linksextreme Ausschreitungen gab es an der Wende zum neuen Jahr 2020 in etlichen deutschen Städten. Die Muster linksextremer Straßengewalt gleichen sich, die rituellen Reaktionen in der normierten Öffentlichkeit ebenfalls.

Wie üblich behandeln etablierte Medien und der Zwangsgebührenfunk, die sonst bei jedem irgendwie als „rechts“ zu deutenden Anlaß stets die ganz große Empörungswelle lostreten, die linken Gewaltexzesse auf kleinster Flamme, verschweigen – mit wenigen Ausnahmen– den linksextremen Hintergrund und erwecken so den Eindruck, als wären Extremismus und politisch motivierte Gewalt allein ein „rechtes“ Phänomen.

Und wie üblich wetteifern Politiker aus dem grünrotlinken Spektrum im Herunterspielen. Nicht nur die Leipziger SPD, sogar Saskia Esken, die neue Bundesvorsitzende der ehemaligen Volkspartei, höhnen dem verletzten Polizisten und seinen Kollegen ein kaum verhohlenes „Selber schuld“ hinterher.

Die sächsische Abgeordnete der Linken, Juliane Nagel, raunt von „ekelhafter Polizeigewalt“, krakeelt „Cops raus aus Connewitz“ und sieht, ganz wie ihre Gesinnungsfreunde von der „Antifa“, schon in der bloßen Anwesenheit von uniformierten Polizeibeamten in dem von Linksextremen beanspruchten Territorium eine „Provokation“.

Das ist nichts anderes als die Rechtfertigung von rechtsfreien Räumen, in denen nicht mehr das rechtsstaatliche Gewaltmonopol gilt, sondern das linksextreme Faustrecht. Solche Räume gibt es längst in der gesamten Republik: Die „Rote Flora“ in Hamburg, die besetzten Häuser in der Rigaer Straße in Berlin und eben Connewitz in Leipzig sind nur die bekanntesten.

Diese gern als „autonom“ verniedlichten Zentren existieren in zahlreichen deutschen Städten. Selbst wenn sie in den Händen linksextremer und verfassungsfeindlicher Gruppen sind, werden sie geduldet und sogar noch öffentlich gefördert, etwa durch

Subventionen an Tarnvereine, kostenlose Überlassung von Räumen und Gebäuden oder Verzicht auf Eintreibung von Abgaben und Gebühren.

Tatsächlich sind sie oft Brennpunkte und Schaltzentralen der linksextremen Gewalt. Die Straßenschlachten um die Einweihung der EZB-Zentrale in Frankfurt am Main, die G20-Krawalle, die alljährlichen Berliner Mai-Ausschreitungen, die Brandanschläge gegen Baustellen in Leipzig-Connewitz am Tag der Deutschen Einheit: Das gespielte Entsetzen, das bei jedem neuen Ausbruch linker Gewalt zelebriert wird, als hätte es so etwas noch nie gegeben, ist pure Heuchelei.

Nicht nur Polizeibeamte, Feuerwehrlente und Ordnungskräfte sind Zielscheiben linker Gewaltexzesse. Anwohner und Nachbarn linksextremer Zentren klagen hinter vorgehaltener Hand über Einschüchterungen und Alltagsterror, Anschläge richten sich regelmäßig gegen mißliebige Politiker und Journalisten wie den Berliner Kolumnisten Gunnar Schupelius, dessen Auto schon zum zweiten Mal unter einschlägigen Drohungen angezündet wurde, seit neuestem sogar gegen Mitarbeiter von Immobilienmaklern wie jüngst, wiederum in Leipzig. Das Märchen, linke Gewalt sei nur ein „aufgebauschtes Problem“ und richte sich – als ob das ein Kavaliersdelikt wäre – sowieso „nur“ gegen Sachwerte, ist schon lange widerlegt.

Offensichtlich ist die ausufernde politische Gewalt von links erwünscht. Anders ist das beharrliche Beschweigen und Beschönigen nicht zu erklären. Der linke Straßen- und Meinungsterror dient, ebenso wie der Popanz eines angeblich allgegenwärtigen „rechten“ Terrors, der Absicherung der linken Meinungshoheit durch Straßenkampftruppen, die die Schmutzarbeit erledigen.

Die grünlinken Sympathisanten und Verharmloser, die linke Straftäter und Politikriminelle penetrant als „Aktivisten“ verherrlichen und eifrig jede Tatsache umdrehen, um Vorwände zu deren Entlastung zu finden, besorgen also ihr eigenes perfides ideologisches Geschäft.

Kaum weniger scheinheilig und unglaubwürdig sind freilich jene Unionspolitiker, die jetzt auf einmal mit markigen Worten den linken Terror anprangern, als hätten sie ihn eben erst entdeckt. Sie hätten längst den Mund aufmachen können; aber aus Feigheit vor dem dominierenden linksgrünen Zeitgeist haben sie all die Jahre auf allen politischen Ebenen die politische Verhätschelung und öffentliche Finanzierung linker Strukturen mitgemacht.

Brav haben Unionsregierungen noch jeder Erhöhung der Mittel für den „Kampf gegen Rechts“ zugestimmt und nicht einmal so simple Dinge wie die Schließung der linksextremen Mobilisierungs- und Gewaltverherrlichungsplattform „indymedia“ hinbekommen. Auch die Union ist regelmäßig bei „breiten Bündnissen“ dabei.

Und während Sachsens Ministerpräsident nach Connewitz vor „linkem Terror“ warnt und sein Innenminister vor einer „neuen Stufe linksextremer Gewalt“, bringt die CDU

im Freistaat mit ihrer vielgepriesenen „Kenia“-Koalition eine grüne Linksextremistin, die in ihrer Jugend in einer Punkband Hetzlieder und Gewaltaufrufe gegen Polizisten verbreitet hat, als Justizministerin ins Amt und hält trotz ihrer lahmen Ausreden auch noch an ihr fest.

Wäre es den CDU-Politikern ernst mit ihren großen Worten, müßten sie konsequent aus allen Linkskoalitionen aussteigen und den Kampf gegen die linksgrüne Deutungshoheit aufnehmen.

## **Der Fluch der bösen Tat**

**Jüngste Zuspitzung im Nahen Osten: Die Bilanz der US-Politik ist verheerend  
Bruno Bandulet**

Führungspersonal der Gegenseite umzubringen ist in der Regel keine gute Idee. Daß die USA am vergangenen Donnerstagabend den zweitmächtigsten Mann des iranischen Regimes am Flughafen von Bagdad ermordeten, wird sich nicht als Wendepunkt, sondern als eine weitere Stufe der Eskalation eines Konfliktes erweisen, der eine lange Vorgeschichte hat.

Er geht vordergründig zurück auf den 8. Mai 1980, als Präsident Trump einseitig das Atomabkommen mit Teheran kündigte. Aber auch auf den 16. Januar 1979, als der Schah in Teheran das Flugzeug ins Exil bestieg und die USA ihren wichtigsten Verbündeten in der Region verloren. Oder sogar auf den 19. August 1953, als der populäre, demokratisch gewählte Ministerpräsident Mohammad Mossadegh in einer verdeckten Aktion der CIA gestürzt wurde. Peter Scholl-Latour sah darin den „Urknall“ und zitierte in seinem 2014 erschienenen Buch aus Schillers Wallenstein: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, forzeugend, immer Böses muß gebären.“

Nach dem Drohnenangriff auf Generalmajor Kassem Soleimani, den Kommandeur der iranischen Al-Kuds-Einheiten, twitterte Donald Trump: „Iran hat nie einen Krieg gewonnen.“ Die USA seit Beginn des Jahrhunderts aber auch nicht. Die Bilanz nach einer langen Reihe von Kriegen, Interventionen und von außen geschürten Bürgerkriegen mit Hunderttausenden von Toten, Millionen von Flüchtlingen und Billionen von Militärausgaben fällt verheerend aus.

Nach dem Lehrbuch ist Krieg angeblich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, nur wurde keines der angestrebten Ziele erreicht. In Afghanistan marschierten die Amerikaner 2001 ein, obwohl sie wissen mußten, daß die Russen und die Engländer dort gescheitert waren. Daß sie das Land verlassen werden, ohne gesiegt zu haben,

ist absehbar. Der Krieg gegen Saddam Hussein 2003 hat den Irak als funktionierenden Staat zerstört und in einen bis heute immer wieder aufflackernden Bürgerkrieg gestürzt. In Libyen intervenierten England und Frankreich 2011 gemeinsam mit den USA und hinterließen einen weiteren gescheiterten Staat mit der Folge, daß Gaddafis Waffenarsenale in die Hände islamischer Terroristen fielen, die seitdem die Sahelzone destabilisieren. Französische Truppen stehen dort im Einsatz gegen die Konsequenzen der von Paris verantworteten Lage. Und zuletzt scheiterte der Plan eines Regimewechsels in Syrien. Die amerikanische Politik von Libyen bis Afghanistan hat kontraproduktive Resultate geliefert. Sie ist, wenn sie so fortgeführt wird, nahezu ausweglos. Donald Trump, der die Wahlen auch mit dem Versprechen gewonnen hat, die US-Soldaten heimzuholen, könnte den Iran in Grund und Boden bombardieren lassen. Und was dann?

Die Interessen, die Machtverhältnisse und Feindschaften im Nahen Osten sind derart vielschichtig, daß sich einfache Antworten verbieten. Selbst der von den USA zum Terroristen erklärte und jetzt zum Märtyrer beförderte General Soleimani bekämpfte einerseits die US-Besatzung im Irak, andererseits dieselben Feinde wie der „große Satan“. So erklärt sich, daß es zeitweise zu Kontakten und Absprachen zwischen ihm und den Amerikanern kam – im Kampf gegen den IS sogar zu einer informellen Koordination der militärischen Operationen. Die mit ihm verbündeten schiitischen Milizen im Irak gewannen erst dann entscheidend an Stärke, als die von den USA ausgebildete irakische Armee vor dem Ansturm des Islamischen Staates nahezu kampflös zurückwich. Die Milizen gingen ins Feuer, sie befreiten Mossul, Tikrit und Ramadi vom IS.

Wie seltsam, daß die USA mit ihrer Invasion des Irak den großen Gegenspieler Persiens ausschalteten und zum Geburtshelfer des Islamischen Staates mit seinen entsetzlichen Greueln wurden und daß sich der unversöhnliche Amerikafeind Soleimani mehr als jeder andere um die Befreiung vom IS verdient gemacht hat. Selbst bei erbitterten Feindschaften können sich Interessen überschneiden.

Das Kalkül, die iranische Regierung mit Hilfe extremer Wirtschaftssanktionen, die der dortigen Wirtschaft tatsächlich schweren Schaden zufügen, zu stürzen, wird auf absehbare Zeit nicht aufgehen. Im vergangenen September fuhr der iranische Außenminister nach Peking, um die 2016 vereinbarte strategische Partnerschaft zu beschleunigen. China wird, so der auf 25 Jahre angelegte Vertrag, 280 Milliarden Dollar in die iranische Öl- und Gasindustrie und 120 Milliarden in die marode Infrastruktur investieren und dafür Öl und Erdgas zu stark verbilligten Preisen beziehen, ohne mit Dollar zahlen zu müssen.

Noch scheint eine grundsätzliche Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik unmöglich. Unvorstellbar ist sie nicht. 1971 war es Henry Kissinger, der in geheimer Mission nach Peking reiste und den Ausgleich mit dem Erzfeind auf den Weg brachte. In den nächsten Jahren steht die amerikanische Führung vor der Aufgabe, die imperiale Überdehnung zurückzunehmen und an die weltpolitischen Realitäten

anzupassen. George W. Bush und Barack Obama haben einen Trümmerhaufen hinterlassen. Jetzt droht den USA wegen der eklatanten Verletzung der irakischen Souveränität auch noch der Rauswurf aus dem Zweistromland.

Eine Umfrage des Center for American Progress im vergangenen Jahr ergab, daß sich die amerikanischen Wähler drei Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik wünschen: den Schutz vor Terrorismus, den Schutz der Stellen amerikanischer Arbeiter und die Eindämmung illegaler Einwanderung. Den Weltpolizisten wollen die amerikanischen Bürger nicht mehr spielen. In einer Demokratie wie der amerikanischen werden die Eliten letzten Endes der Richtung folgen, die das Volk vorgibt.

## **Kohle fürs Klima**

### **Extinction Rebellion: Wie milliardenschwere Fonds die antidemokratischen Ökofundamentalisten finanzieren**

**Hinrich Rohbohm**

Massenblockaden. Auf den Straßen. In Häfen. Auf Brücken. Flughafenbesetzungen. Dazu inszenierte „Trauermärsche“ und sogenannte Flashmob-Aktionen, wie die auch in Deutschland an verschiedenen Orten stattfindenden „Die-In“-Aktionen (JF 2/20). Weltweit versucht die radikale Umweltorgansiation Extinction Rebellion (XR) mit Maßnahmen des zivilen Ungehorsams den Politikern der westlichen Industrienationen ihren Willen aufzuzwingen. Das langfristige Ziel: sämtliche westliche Regierungen stürzen und demokratische Wahlen abschaffen. Weil dieses System in Zeiten des „Klimanotstandes“ überholt sei. Als Begründung muß nichts Geringeres als die Entscheidung zwischen Weltuntergang und Überleben des Planeten herhalten.

„Wir haben die Wahl: Entweder wir geben uns dem Tod hin, oder wir rebellieren, um die politischen Eliten dazu zu bringen, unser aller Überlebenschancen zu maximieren“, sagte einer der XR-Gründer, der gescheiterte Biobauer Roger Hallam im Oktober 2018 in London. Ein Aufruf zur Rebellion, dem sich übrigens auch das Aushängeschild der „Fridays for Future“-Bewegung, Greta Thunberg, angeschlossen hatte.

Seine Absichten beschreibt Hallam sehr konkret: „Ich möchte das System stürzen, denn ich mag es nicht. Das ist mein Plan. Und ich möchte erforschen, wie ich das effektiv erreichen kann. Deshalb bin ich zum King’s College nach London gegangen.“ Hallam beschäftigte sich dort für eine Doktorarbeit mit dem Thema „Ziviler Ungehorsam“.

Mittlerweile ist XR in 33 Ländern aktiv, um Hallams Visionen wahr werden zu lassen. Doch die Aktionen der Bewegung erfordern ein hohes Maß an logistischem Aufwand, für den vor allem finanzielle Mittel erforderlich sind.

Wer aber sind die Geldgeber von Extinction Rebellion? Wer dieser Frage nachgeht, stößt auf mächtige Investoren und ein undurchsichtiges Geflecht aus Stiftungen, Fonds und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Mit dabei auch Greenpeace und die antikapitalistische Occupy-Bewegung, aus deren Umfeld die XR-Gründer – neben Roger Hallam sind es die britische Grünen-Lokalpolitikerin Gail Bradbrook, ihr Ex-Mann Simon Bramwell und der Berufsaktivist George Barda – entstammen.

Sämtliche Gelder, die potentielle Unterstützer weltweit an Extinction Rebellion überweisen, gehen an die von den XR-Gründern ins Leben gerufene Firma Compassionate Revolution Limited. Ein Unternehmen, das im Impressum auf den Internetseiten von XR als Verantwortlicher genannt wird. Mehr als zwei Millionen britische Pfund hatte Compassionate Revolution allein bis zum dritten Quartal 2019 durch Crowdfunding (zu deutsch: Schwarm- oder Gruppenfinanzierung) und Sponsoren erhalten. Einer dieser Sponsoren: der Climate Emergency Fund. Ein 500.000 Dollar schwerer Fonds, durch den eigenen Angaben zufolge junge Klimaschutzbewegungen unterstützt werden sollen. Bewegungen wie Extinction Rebellion, die allein knapp 400.000 Dollar vom Climate Emergency Fund erhält. Geld, das hauptsächlich aus der Schatulle von Aileen Getty stammt, die zu den Mitgründern des Fonds zählt. Die Nachfahrin des einstigen Ölmagnaten und seinerzeit reichsten Mannes der Welt verwaltet mit ihrer Aileen-Getty-Stiftung das aus dem Ölgeschäft erwirtschaftete Vermögen. Speist sich also die vermeintliche Klimaschutzorganisation XR ausgerechnet aus den Dollar-Milliarden einer klimaschädlichen fossilen Brennstoffunternehmung?

Ein weiterer Mitgründer des Fonds ist Trevor Neilson, ein amerikanischer Investor und ehemaliger Kommunikationschef der Bill & Melinda Gates Foundation, der auch dem Council on Foreign Relations sowie der Wikimedia Foundation angehört. Dem Beirat von Climate Emergency gehört auch Bill McKibben an, einer der weltweit einflußreichsten Männer der globalen Klimaschutz-Szene. Der 59jährige gründete 2008 die Klimaschutzorganisation 350.org. Ihr Ziel: der Aufbau einer weltweiten Graswurzelbewegung zum Klimaschutz.

Eigenen Angaben zufolge arbeitet die Organisation mit etwa 300 NGOs zusammen. 350 Personen des öffentlichen Lebens unterstützten sie dazu als „Klima-Botschafter.“ Unter anderem David Suzuki, Vater der beim Rio-Gipfel als junges Mädchen mit einer Rede für Aufsehen sorgenden Severn Cullis-Suzuki, sowie der ehemalige IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri, der vor seiner Zeit beim „Weltklimarat“ noch als Vorstandsvorsitzender der Indian Oil Corporation fungierte. Zu den Finanziers von XR zählt auch der britische Milliardär und Hedgefonds-Manager Christopher Hohn, der die Bewegung mit 50.000 britischen Pfund unterstützt. Seine Ex-Frau Jamie Cooper-Hohn leitet die Stiftung Children's Investment Fund Foundation (CIFF). Auch die CIFF zählt

zu den Großspendern von XR, zahlte der radikalen Bewegung mehr als 150.000 britische Pfund, obwohl sie doch eigentlich Kindern in Not helfen sollte. Die britische Rockband Radiohead steuert nochmal 300.000 Pfund bei, der in der Schweiz ansässige Finanzdienstleister Furka Advisors AG ist mit 50.000 Pfund dabei. Ein weiterer Großsponsor ist die European Climate Foundation (ECF).

Wie stark XR-Unterstützer Einfluß auf die Weltklimapolitik ausüben, wird auch an diesem Fonds deutlich. Denn geleitet wird er von Laurence Tubiana, seit 2014 Sonderbotschafterin des französischen Außenministeriums. Bei der UN-Konferenz zum Pariser Klimaschutzabkommen 2015 war die ehemalige Umweltberaterin des einstigen sozialistischen Premierministers Lionel Jospin Frankreichs Verhandlungsführerin. Gleichzeitig gehört sie dem Sachverständigenrat für nachhaltige Entwicklung der Volksrepublik China an. Einer der Hauptförderer von ECF: die Children's Investment Fund Foundation.

Auch die Tides Foundation gehört zu den XR-Unterstützern. Eine Organisation, die sich eigenen Angaben zufolge für Frauen- und Schwulenrechte einsetzt sowie für Umweltschutz und Einwanderungsrechte stark macht, indem sie Spenden von anonymen Geldgebern einsammelt und anschließend an zumeist linke Organisationen verteilt. Ihr Gründer Drummond Pike stammt aus der linken Szene der USA und engagierte sich in den sechziger Jahren in der Antikriegsbewegung. Gemeinsam mit dem umtriebigen Investor und Milliardär George Soros und anderen Geldgebern der sogenannten Democracy Alliance finanzierte er das Secretary of State-Projekt, das mit nötigen Wahlkampfgeldern dafür sorgen soll, in politisch umkämpften US-Bundesstaaten einen Stimmenunterschied zugunsten der Demokratischen Partei zu erzielen.

### **Westliche Regime sollen zusammenbrechen**

Auch Soros zählt mit seiner Open Society Foundation zu den maßgeblichen finanziellen Unterstützern von Extinction Rebellion. Gleichzeitig finanziert Open Society das Stiftungsnetzwerk Ariadne, das wiederum als Geldgeber bei Extinction Rebellion in Erscheinung tritt. Das sich ebenfalls vorwiegend für linke Projekte engagierende Netzwerk wird von einer Fülle an Stiftungen getragen. Unter anderem von der Freudenberg-Stiftung sowie der grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung.

Auch die Guerilla Foundation zählt zu diesem Netzwerk. Und ebenfalls gehört sie zu den XR-Großspendern. Die Stiftung, die aus dem Vermögen eines Pharmakonzerns entstanden ist, ist zudem Mitglied der Edge Funders Alliance, die ebenfalls von George Soros' Open Society gefördert wird. Und natürlich gehört auch die Edge Funders Alliance zu den Geldgebern von Extinction Rebellion. Edge unterstützt zudem die aus dem Umfeld von Greenpeace und Attac entstandene Bewegungsstiftung im niedersächsischen Verden; die wiederum fördert etwa die Gender-Mainstreaming-Kampagne „Pinkstinks“, Lobbycontrol, oder das Bündnis Seebrücke (JF 10/19). Unter

derselben Adresse der Bewegungstiftung residiert auch die Kampagnenplattform Campact (JF 45/10).

Und die Bewegungstiftung finanziert „Aktivisten“ für ihr „Engagement“ auf der Straße. Eine Praxis, die Extinction Rebellion ebenso dank der Fonds betreiben kann. Umgerechnet 450 Euro erhält von Extinction Rebellion, wer sich der Bewegung für einen bestimmten Zeitraum hauptberuflich zur Verfügung stellt. Pro Woche. Macht 1.800 Euro im Monat. XR bietet hierfür entsprechende Aufnahmeformulare.

Was von den mit dem Geld angeheuerten „Aktivisten“ nun verlangt wird, beschreibt Extinction Rebellion in seinen Zielen sehr konkret: „Aufbau von Strukturen, Gemeinschaften und Test-Prototypen als Vorbereitung auf den bevorstehenden und unvermeidlichen strukturellen Zusammenbruch der Regime westlicher Demokratien. Auf diese Weise wird eine Grundlage für die Umgestaltung der Gesellschaft und den Widerstand gegen den Faschismus geschaffen.“

Das Wort für Umgestaltung bedeutet auf russisch „Glasnost“. Ein Begriff, der eng mit dem Wirken des letzten KPdSU-Generalsekretärs der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, verbunden ist. Jener Michail Gorbatschow, der im Januar 1990 forderte, „das Leben im 21. Jahrhundert nach neuen Gesetzen“ aufzubauen und gemeinsam mit dem kanadischen Marxisten Maurice Strong die Idee für jenen Rio-Gipfel 1992 entworfen hatte, der das Fundament der heutigen globalen Klimapolitik bildet.

## **Das närrische Treiben beenden**

**Nach dem WDR-Skandal: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine qualitative Ertüchtigung**

**Thorsten Hinz**

Die vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) provozierte „Umwelt-“ und „Nazisau“-Affäre und die boshaften Abwehrreflexe seiner Redakteure liefern weitere Belege, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) in Deutschland in der bisherigen Form keine Berechtigung mehr besitzt. In den Selbstbeschreibungen stellt er sich als Hort der Staatsferne, der Binnenpluralität, der inhaltlichen Vielfalt dar. Er sieht sich als Plattform für ein breites Meinungsspektrum, hält sich für glaubwürdig, kompetent, informativ und unterhaltsam, versteht sich als „Garant für eine politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und wesentlichen Mittler in einer repräsentativen Demokratie“. Er behauptet seine Unverzichtbarkeit für den „Zusammenhalt des Gemeinwesens wie auch die Integration in Deutschland und Europa“. Ein ÖRR-Verantwortlicher nannte die GEZ-Zwangsgebühr sogar eine „Demokratieabgabe“.

Die gebührenfinanzierten Sender betrachten sich als politisch-moralische Anstalt der Nation und beanspruchen jenen Platz, den Schiller in seiner Jenaer Antrittsvorlesung

mit Blick auf das antike Griechenland der Schaubühne zugewiesen hatte. Diese sollte „die sittliche Bildung“ und die „ganze Aufklärung des Verstandes“ befördern und „der gemeinschaftliche Kanal (sein), in welchen von dem denkenden bessern Teil des Volks das Licht der Weisheit herunterströmt und von da aus in milderem Strahlen durch den ganzen Staat sich verbreitet“.

Doch ist in den Medien kein „besserer Teil“ tätig und kann von „Sittlichkeit“ und „aufgeklärtem Verstand“ keine Rede sein. Der junge Mann, der die „Umwelt-“ zur „Nazisau“ eskalieren ließ, ist beim WDR als freier Mitarbeiter für „Social Media, Online und den Rest vom Neuland“ zuständig. Er stellte sich via Twitter mit dem Satz vor: „Ich bin ein Antideutscher“ – und war in der Antifa-Szene tätig.

Noch vor zwei Jahrzehnten wären solche Personen als verkrachte Randexistenzen verbucht worden. Sie verströmen kein „Licht der Weisheit“, sie werfen bloß mit Schlamm und Schmutz um sich. Wenigstens kommt dieser Person das Verdienst zu, mit seinem Tweet die Naziparanoia als die Keimzelle, als das logische und faktische Prius der Geistesverwirrung, die den öffentlichen Raum beherrscht, kenntlich gemacht zu haben. Tatsächlich können die WDR-Redakteure sich die Bugwelle der Empörung nur als Werk von „Rechtsextremen“ vorstellen.

Während WDR-Intendant Tom Buhrow sich um Schadensbegrenzung bemühte und halbe Entschuldigungen aussprach, warfen Mitarbeiter des Senders ihm vor, ihnen öffentlich in den Rücken zu fallen und die „innere Rundfunkfreiheit verletzt“ zu haben. Sie meinen die Narrenfreiheit ihres Paralleluniversums, die ihnen das vermeintliche Recht verleiht, hinter dem Feigenblatt „Satire“ zu verstecken, was sie selber unter anderen politischen Vorzeichen sofort als „Haßrede“ oder „Volksverhetzung“ anprangern.

Die internen Kontrollen, welche die Vielfalt und Ausgewogenheit des ÖRR garantieren sollen, haben zu einer politisch-ideologischen Auslese geführt, aus der eine homogene Weltanschauungs- und Priesterkaste hervorgegangen ist, bestehend aus – wie Welt-Chefredakteur Ulf Poschardt in einem lichten Moment bemerkte – „beamtenähnlichen Journalistenexistenzen“.

Der WDR-Moderator Georg Restle, Chef des ARD-Politmagazins Monitor, hat sich offen über den „Neutralitätswahn“ lustig gemacht und einen „werteorientierten Journalismus“ propagiert. Er meint einen rot-grünen Politik-Aktivismus. Der ist zwar längst durchschaut, vielfach beschrieben und kritisiert worden, doch die von ihm betriebene Schweigespirale funktioniert ungebrochen weiter: Die permanente Favorisierung bestimmter Themen, Personen oder Parteien hinterläßt auf die Dauer bei Andersdenkenden den demoralisierenden und lähmenden Eindruck, sich in einer hoffnungslosen Minderheitenposition zu befinden. Durch die exzessive Plazierung eines „menschengemachten Klimawandels“ ist es sogar gelungen, eine fixe Idee in die politische Realität zu überführen.

Natürlich sollen die Anjas, Dunjas, Mariettas, Georgs und wie sie sonst noch heißen ihr Recht auf Meinungsfreiheit ausleben dürfen, nur eben nicht aus einer Monopolposition heraus, die zudem durch Zwangsbeiträge finanziert wird. Da auf bessere Einsicht und Fairneß dieser Medienkaste nicht zu hoffen und sie überhaupt zur Selbstreflexion unfähig ist, bleibt als einziges Mittel, die Sender auf ihre Kernaufgaben zurückzuführen, ihr Rück- und Umbau.

Die ließen sich bereits auf technischer und betriebswirtschaftlicher Ebene überzeugend begründen. Im Zeitalter der Digitalisierung, der Media- und Audiotheken, der Abonnenten-Kanäle usw. ist die öffentlich-rechtliche Senderfülle ein kostentreibender Anachronismus, der lediglich zur Auffaltung politischer Monotonie und kulturellen Niveauschwunds führt. Tierpark-Sendungen, Koch- und Rateshows, endlose Sportübertragungen, espritfreie Krimis, Rosamunde-Pilcher- und Inga-Lindström-Verfilmungen – das alles kann getrost den Privaten vorbehalten bleiben.

Ziel ist nicht die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sondern seine qualitative Ertüchtigung. Er müßte dazu auf drei Sparten reduziert werden: Auf einen kompetenten Nachrichtenkanal, der, wenn es in der Welt brennt, das Umschalten auf CNN oder BBC World unnötig macht. Auf einen Kulturkanal, der sich auf anspruchsvolle Filme, auf Opern-, Theater- und Konzertübertragungen sowie gehaltvolle Diskussionsrunden konzentriert. Die dritte Sparte könnte durch einen Basis-Kanal bedient werden, auf dem weiterhin der neue „Traumschiff“-Kapitän Florian Silber-eisen oder dauerlächelnde Kleiderbügel wie Carmen Nebel bewundert werden können. Alle drei Sender könnten Landesfenster öffnen, die von Länder-Studios bedient werden. Der GEZ-Beitrag würde auf einen Bruchteil sinken.

Natürlich müßte das mit einer gründlichen Evaluierung des Personalbestandes, der überzogenen Gehälter und Pensionsansprüche einhergehen. Keine zwei Jahre hat es gebraucht, um 1990/91 das DDR-Fernsehen abzuwickeln und durch neue Anstalten zu ersetzen. Der Osten wäre Vorbild für das Ganze – was für ein Beitrag zur inneren Einheit!